

AHS-Lehrer machen Stimmung gegen "Riesensparpaket"

13. September 2013, 10:02

AHS-Gewerkschafter Quin informierte Kollegen über die befürchteten Gehalts- und Qualitätseinbußen - Seitenhiebe auf

Regierung - Glaubt vorerst nicht an Beschluss von "legistischem Schrott"

Die mit Beginn des Schuljahrs gestartete Informationsoffensive für (Unterrichtsministerium) bzw. gegen (Gewerkschaft) die von der Regierung geplante Reform des Lehrerdienstrechts ist am Donnerstag Abend in die nächste Runde gegangen. Bei einem "Informationsabend" machte der oberste AHS-Lehrervertreter Eckehard Quin (FCG) im gut gefüllten Großen Sitzungssaal der GÖD Stimmung gegen das "Riesensparpaket". Der Dienstgeber bekam dabei immer wieder sein Fett ab, was vom Publikum mit Lachern quittiert wurde.

Negative Auswirkungen

Für Raunen sorgten unter den Zuhörern unterdessen die von Quin geschilderten negativen Auswirkungen des Gesetzesentwurfs, der Mitte August von der Regierung trotz fehlender Sozialpartner-Einigung in Begutachtung geschickt worden war. In den kommenden zwei Wochen soll an den AHS u.a. in Dienststellenversammlungen über die Folgen informiert werden, dementsprechend waren neben einigen Junglehrern vor allem ältere Lehrer aus der Personalvertretung vor Ort.

So müssten laut Quin Bundeslehrer (AHS, berufsbildende mittlere und höhere Schule/BMHS) durch die vorgesehene Anhebung der Unterrichtsverpflichtung (24 statt bisher 20 bis 22 Stunden) bis zu 40 Prozent mehr Arbeit leisten, an Abendschulen wären es gar bis zu 87 Prozent - langfristig würden dadurch 15.000 Lehrerposten eingespart. Der Vorschlag der Regierung, dass für Klassenvorstands- bzw. Mentorentätigkeit jeweils eine Stunde weniger Unterricht anfallen soll, ist für Quin keine Verbesserung. 58 Prozent müssten nämlich dennoch 24 Stunden unterrichten - unterschiedliche Belastung in Korrekturfächern bleibe dabei unberücksichtigt, künftig soll jede Stunde gleich viel wert sein. Folge: Lehrer müssten sich um zusätzliche Klassen kümmern, was der Individualisierung zuwiderlaufe. Ein Qualitätsverlust droht laut Quin auch durch die Regelung, dass Lehrer auch in Fächern eingesetzt werden dürfen, für die sie keine Ausbildung haben - an den Hauptschulen/Neuen Mittelschulen ist das jetzt schon der Fall.

Zudem befürchtet Quin, dass die Neuregelung der Direktorenbestellung (Befristung auf fünf Jahre, bei Kleinschulen "Bestellung durch Handauflegen des Dienstgebers" statt Auswahl in Assessments) politische Willkür bringe. Dass Schulleiter künftig während der gesamten Unterrichtszeit anwesend sein sollen, sei ebenfalls bizarr ("Was bringt es, wenn der Direktor während des Freifachs Volleyball von 17.30 bis 19 Uhr im Büro sitzt?"). Ein Problem hat er auch mit der Induktionsphase, die das bisherige Unterrichtspraktikum ersetzen soll: Es sei nicht sichergestellt, dass es überhaupt genug Stunden für die Junglehrer gebe (derzeit übernehmen sie Unterrichtsstunden ihrer Betreuungslehrer), die verpflichtenden Induktionsveranstaltungen seien nicht mit der hohen Unterrichtsverpflichtung zu vereinbaren. Wer aber nicht in einem Jahr fertig wird, "darf nicht mehr weiterverwendet werden".

Mehrarbeit

Die Mehrarbeit und der Entfall von "fast allen" Zulagen bedeutet für AHS- und BHS-Lehrern laut dem Gewerkschafter wiederum über das gesamte Berufsleben einen Verlust von durchschnittlich einer halben Million, für den Staat indes im Endausbau Einsparungen von einer halben Milliarde Euro pro Jahr. Selbst die Berechnungen der Regierung, bei denen die Mehrarbeit nicht berücksichtigt werde, würden bis zu 20 Prozent Gehaltseinbußen ausweisen. "Die Aussage, es gibt keine Verlierer beim neuen Dienstrecht, ist schlichtweg gelogen. Aber in Wahlzeiten ist man ja flexibler mit der Wahrheit", kritisierte Quin.

Nicht wahr ist aus Quins Sicht auch die Darstellung, dass nur künftige Lehrer vom neuen Dienstrecht betroffen sein werden. So könnten all jene, die vor 2019/20 keinen unbefristeten Vertrag haben, das Wahlrecht zwischen aktuellem und künftigem Modell nicht nutzen und würden auch ungewollt umgestellt. Derzeit sei es nämlich Usus, dass die ersten fünf Jahre nur jeweils Ein-Jahres-Verträge vergeben werden. Indirekt würden außerdem auch alle anderen Lehrer beeinflusst, da durch die billigeren Junglehrer mit neuem Vertrag auch die älteren, teureren Lehrer vom Dienstgeber unter Druck gesetzt werden, zeigte Quin sich sicher.

Durch eine andere Regelung würde gar der gesamte öffentliche Dienst beeinflusst, glaubt Quin: Zwar müssen laut neuer Lehrerausbildung künftig alle Lehrer einen Master absolvieren, die Bezahlung soll allerdings nicht der akademischen Ausbildung entsprechen. "Da wird jetzt für 29 Prozent der öffentlichen Bediensteten ein Prinzip über den Haufen geworfen."

Einern Grund für Kampfmaßnahmen gibt es für Quin derzeit trotzdem noch nicht - an einen Beschluss vor oder kurz nach der Wahl scheint er ohnehin nicht zu glauben. "Der Zeit- und intellektuelle Horizont der verantwortlichen Politiker reicht nur bis zum 29. September." Außerdem vertraue er darauf, dass "kein Parlamentarier, der auch nur ein Fünkchen Rückgrat hat", einen unter politisch erzeugtem Zeitdruck entstandenen "legistischen Schrott" beschließen werde. (APA, 13.9.2013)